



Presseinformation

Nr. 10/2012 Kiel, 16. Februar 2012

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Energiepolitik

Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Eckpunkte für die Überarbeitung des Kieler Energie- und Klimaschutzkonzepts

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erläuterte der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, seinen Änderungsantrag zu TOP 10.5 „Kieler Energie- und Klimaschutzkonzept 2008“:

„Die FDP-Ratsfraktion fordert, im Rahmen der Überarbeitung des Kieler Energie- und Klimaschutzkonzepts 2008 die folgenden Eckpunkte zu berücksichtigen:

1. Interkommunale Zusammenarbeit prüfen

Es werden zeitnah Gespräche mit den Nachbargemeinden geführt, um in einem neuen Konzept die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung und -versorgung auszuloten und zu berücksichtigen.

Begründung: Das Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) berücksichtigt nicht hinreichend die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit in den Fragen der Energiegewinnung und -versorgung. Chancen der Zusammenarbeit bei einer effizienten Energieerzeugung mit den Stadtwerken der Region werden vollständig ausgeblendet. Doch gerade in der regionalen Zusammenarbeit liegen realisierbare Effizienzgewinne.

2. Einbindung unserer Partner

Es werden unverzüglich Gespräche nicht nur mit den Stadtwerken Kiel, sondern mit allen Akteuren (Gemeinschaftskraftwerk Kiel, Müllverbrennungsanlage Kiel usw.) geführt, um deren Expertise in der konzeptionellen und strategischen Ausrichtung zu berücksichtigen. Diese Unternehmen werden bei allen weiteren Fragestellungen umfassend in einem neuen Konzept eingebunden.

Begründung: Bei der Erstellung des Gutachtens zum Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) wurden wichtige Partner oder an diesen beteiligte Unternehmen nicht eingebunden. „Zum einen haben die Gutachter während der Erstellung auf Gespräche mit uns – als einem der Hauptakteure – verzichtet ... „ – dieser Satz in der Stellungnahme der Stadtwerke Kiel AG zeigt, wie unprofessionell dieses Gutachten erstellt wurde und die dort dargelegten Zahlen keinesfalls auf unumstrittenen Datenmaterial basieren, wie dies in den Stellungnahmen dieser Unternehmen deutlich wird.

3. Einsatz von Biomasse relativieren

Biomasse wird nur im Rahmen von nicht flächengebundenen Reststoffen wie Gülle, Stallmist, Reststroh, Holzabfallprodukte und Klärschlamm genutzt. Eine dahingehende Korrektur des vorliegenden Beschlusses wird in Abstimmung mit der Landwirtschaftskammer

vorgenommen. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind einzubinden. Bei der Standortwahl der dezentralen BHKW stellt die räumliche Nähe zum Ort der Entstehung der Biomasse ein entscheidendes Kriterium dar.

Begründung: Das Gutachten zum Klimaverträglichen Energieerzeugungs- und Versorgungskonzepts (EVKK – Ratsbeschluss vom 09.06.2011) sieht ein erhebliches Potenzial von regional verfügbarer Biomasse zur Erzeugung von Biogas/Biomethan. Vorgeschlagen werden ein Biomasseheizkraftwerk (ca. 20 MW) auf Basis von Holzhackschnitzeln am Standort der MVK sowie vier bis fünf dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) an den Standorten Elmschenhagen, Wellsee, Grünes Herz, Russee und Schilksee-Süd mit einer Gesamtleistung von 8 bis 9 MW. Die Erzeugung von Biogas/Biomethan soll von einem „langfristig nachhaltigen Energiepflanzenanbau auf ca. 30 % der (Acker-) Fläche“ gespeist werden.

Diese Vorstellungen sind aus Sicht der FDP-Ratsfraktion unrealistisch und nicht realisierbar. Der Einsatz von Biomasse darf nicht dazu führen, dass es zu einer Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von landwirtschaftlichen Produkten wie Mais, Getreide oder Ölsaaten und damit zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise kommt. Weitere Probleme sind die Entstehung von Monokulturen, die Belastung des Grundwassers durch zusätzliche Düngungen, da zunehmend bisher stillgelegte Flächen wieder einer intensiveren Nutzung zugeführt werden.

Die Landwirtschaftskammer bestätigt eindrucksvoll, dass die vorgelegten Zahlen zur Verfügbarkeit von Biomasse vollkommen unhaltbar sind: „Wir haben jedoch erhebliche Bedenken bezüglich der Tragfähigkeit und Realisierungsmöglichkeit der in der Studie getroffenen Annahmen zur Flächen und Rohstoffverfügbarkeit“. Die in der Studie vorgesehene Menge wird auf ca. 680.000 t geschätzt, die Landwirtschaftskammer geht von einer maximalen in der Region zur verfügbar stehenden Biomasse von 130.000 t aus, also lediglich 20%!

4. Möglichkeiten dezentraler Energieversorgung neu bewerten

Der Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) ist insofern neu zu bewerten, als auch andere Energieträger als Biomasse für diese dezentralen KWK-Anlagen zu berücksichtigen sind. Experten unserer Partner, insbesondere der Stadtwerke, sind einzubinden.

Begründung: Kleinere, dezentrale BHKW weisen im Vergleich zu größeren Anlagen sowohl ökologisch als auch ökonomisch schlechtere Werte aus. Schon aus diesem Grund ist eine Dezentralisierung auf eine Vielzahl von BHKW im Stadtgebiet nicht sinnvoll und muss deshalb in jedem Einzelfall gründlich geprüft werden. Da die Gutachter diese BHKW „vorrangig“ als Biogasanlagen betreiben wollen und die Gutachter von unrealistischen Mengen von regional zur Verfügung stehender Biomasse ausgehen, ist dieser Aspekt im Gutachten vollkommen neu zu untersuchen und zu bewerten.

5. Energieeinsparstrategie für Wärme und Strom konkretisieren

Die mit der Innovativen Bauausstellung InBa begonnenen Aktivitäten werden gemeinsam mit den Stadtwerken und anderen Partnern ausgebaut und ein eigenes Konzept zur Umsetzung der geforderten Standards in den städtischen Immobilien wird entwickelt

Begründung: Der steigende Verbrauch von Heizenergie und Strom betrifft sowohl die Kleinverbraucher als auch die Gebäude der öffentlichen Hand. Deshalb ist die geforderte Vermittlung von Wissen über Energiespartechiken und Hinweise zur praktischen Ausführung sicherlich ein richtiger Weg, allerdings sollte hier die Landeshauptstadt Kiel mit gutem Vorbild vorangehen.

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer